



Mildbader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,20 RM, frei ins Haus geliefert, durch die Post bezogen im innerschweizerischen Verkehr monatlich 1,00 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Anzeigenpreis: 1. Spalte 10 Pf., 2. Spalte 8 Pf., 3. Spalte 6 Pf., 4. Spalte 5 Pf., 5. Spalte 4 Pf., 6. Spalte 3 Pf., 7. Spalte 2 Pf., 8. Spalte 1 Pf. — Rabat nach vorheriger Vereinbarung. — Druck: Verlag u. Verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 36, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 161

Februar 479

Samstag den 13. Juli 1935

Februar 479

70. Jahrgang

N. Walther Darres Werk

Zum 40. Geburtstag des Reichsbauernführers und Reichsernährungsministers

In der NSR schreibt Dr. Schäfer u. a.: Am 14. Juli 1935 begeht Reichsbauernführer und Reichsminister N. Walther Darre seinen 40. Geburtstag. An diesem Tag gedenken Partei und Bauernum und darüber hinaus das ganze Volk seiner bisher geleisteten Arbeit. Im Rahmen der deutschen Agrarpolitik ist seine Name bereits weit über die Grenzen seiner Heimat hinausgegangen. Darre ist, wie viele führende Köpfe der Partei, Auslandsdeutscher. Am 14. Juli 1895 in Belgrano (Argentinien) als Sohn des Ueberseeaufmannes und Chef des Hauses Engelberth Hardt und Co., Richard Darre, geboren, lernte er schon früh die Räte und Kämpfe des Deutschtums im Auslande kennen. Unter seinen Ahnen befinden sich viele Bauern, deren Geschlecht nach Pommeren, Schwaben und Niederachsen zurückgeht. Die Mutter ist Schwedin, ihr Geschlecht führt bis auf die Waja zurück.

Nach dem Besuch der deutschen Schule in Belgrano, der Oberrealschule in Heidelberg und des evangel. Pädagogiums in Godesberg kommt Darre als Austauschschüler nach Wimbledon bei London, von wo aus er Ostern 1914 die Kolonialschule in Wittenhausen bezieht. Schon am 5. August 1914 meldet er sich als Kriegsfreiwilliger, macht 13 Großkämpfe an der Westfront mit, wird 1917 zum Leutnant befördert, kommt schwer krank in die Heimat, beteiligt sich in Frankfurt am Main im November 1918 am Kampf gegen die roten Meuterer. Nach dem Abschluss mit dem Diplomaten in Wittenhausen wendet sich Darre der praktischen Landwirtschaft zu und beginnt in Halle und Gleichen Landwirtschaft zu studieren, um als Landwirt in der Heimat und nicht als Ueberseefermer in der Fremde für Deutschland seinen Mann zu stellen. Der Abschluss seines Studiums erfolgt 1925 mit dem Diplomalndwirt.

In den nächsten Jahren beschäftigt er sich vor allen Dingen mit erbologischen und tierzüchterischen Fragen. Schon früher gehörte er zu einem kleinen Kreis von Menschen, der, mit dem nötigen Rüstzeug versehen, für die völkische Bewegung kämpfte. Sein Werk „Das Bauernum als Lebensquell der nordischen Rasse“ erbringt den wissenschaftlichen Beweis der Bedeutung der nordischen Rasse für unser Volkstum. Im nächsten Buch „Neuadel aus Blut und Boden“ wird die staatspolitische Folgerung aus den Ergebnissen des ersten Werkes gezogen und erstmalig der Begriff „Blut und Boden“ geprägt. Damals wurde der Ruf nicht gehört, heute ist dieser Begriff Allgemeingut des ganzen Volkes.

Nach dem Eintritt in die Partei lernt Darre im Hause Schulke-Naumburg in Saalfeld den Führer kennen, erhält von ihm den Auftrag, das Bauernum zu organisieren. Am 1. August 1930 erfolgt seine Ueberführung zur Reichsleitung nach München. In kurzer Zeit wurde im agrarpolitischen Apparat ein Führerkorps herangebildet, das schon 1932 die alten landwirtschaftlichen Organisationen zu durchdringen beginnt. Bald ist dank seiner Arbeit das Bauernum eine der wertvollsten Stützen des Nationalsozialismus. Durch diese Organisation geht die Gleichhaltung nirgends so rasch und reibungslos vor sich wie beim Bauernum.

Am 4. April 1933 wurde Darre an die Spitze der Reichsbauernführerorganisation der deutschen Bauernstandes berufen, am 19. April 1933 wird er Präsident des Reichsverbandes der Genossenschaften, am 12. Mai 1933 übernimmt er die Führung des Landeshandelsstandes. In kurzer Zeit sind sämtliche Organisationen — und es waren nicht wenige — freiwillig unter seiner Führung vereinigt, deren Organisation durch Reichsgeheim im Reichsnährstand verankert wurde. Am 29. Juni 1933 wird Darre zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und zum Preussischen Minister für Landwirtschaft, Forsten und Domänen ernannt. Nun konnte die Aufbauarbeit beginnen.

Von Anfang seiner Tätigkeit an hatte Darre erkannt, daß eine Rettung des Bauernums vor dem endgültigen Zerfall nur durch ein neues Bodenrecht möglich war. Aus diesen Gründen wurde das Reichserbhofgesetz erlassen, das den Boden vor jeglicher Spekulation schützte. Im Reichsnährstandesgesetz erfolgte die Zusammenfassung aller Menschen, die an der Ernährung des Volkes mitarbeiten und an deren Sicherstellung beteiligt sind. Durch die Marktordnung mit ihren gerechten Preisen für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse wurde die Ernährung des deutschen Volkes gesichert. Die deutsche Erzeugungsschlacht wird die Hervorbringung der lebensnotwendigen Erzeugnisse im Laufe der nächsten Jahre erreichen.

Englands Politik

Die große politische Unterhaus-Aussprache — Regierungssieg mit 236 gegen 40 Stimmen
London, 12. Juli. In seiner großen außenpolitischen Rede kam der englische Außenminister Sir Samuel Hoare noch einmal

auf den Luftpakt zu sprechen und führte dabei u. a. aus: Ein Luftpakt kann nicht ohne fünffache Vereinbarung fertiggestellt werden. Niemand wird daher dadurch kompromittiert, daß er die Verhandlungen beginnt. Auch hier werden wir um so schneller unser Ziel erreichen, wenn wir alle Gütmütigkeit, gesunden Menschenverstand und Toleranz ausüben. Laßt uns alle Realisten sein und unsere Geister für den zukünftigen Verlauf des Verkehrs offenhalten. Wenn wir sehen, wie wir auf einer möglichst weiten Front vorwärts schreiten, müssen wir uns stets vor Augen halten, daß eine praktische Welt praktische Ergebnisse von uns erwartet und wir werden nicht für immer wünschen, daß die ganze Kutsche stillsteht wenn ein Pferd zurückbleibt. Was uns betrifft, werden wir unser Bestes tun, damit das Gespann stetig, ruhig und ausgeglichen vorwärts schreitet.

Hoare schloß mit der Erklärung, daß er wisse, welche große Verantwortlichkeit das britische Reich habe. England beabsichtige, seine Verpflichtungen innezuhalten, die sich aus den Verträgen und aus den Völkerverbindungen ergeben und es sei bereit, mit Europa auf der Grundlage einer kollektiven Sicherheit zusammenzuarbeiten.

In der Aussprache ergriff als erster

Sir Herbert Samuel

für die liberale Opposition das Wort. Er erklärte, daß der Luftpakt nicht in den Hintergrund geraten dürfe. Das deutsch-englische Flottenabkommen habe der einigen Leuten Besorgnis erregt, weil dieses Abkommen ohne Zutun des Völkerbundes und ohne Befragung anderer Mächte abgeschlossen worden sei. Es sei vielleicht besser gewesen, wenn es in einer provisorischen Form abgeschlossen worden wäre, jedoch sei die Regierung zu loben, daß sie sich die Gelegenheit nicht habe entgehen lassen. Es sei an der Zeit, zu erkennen, daß die Rüstungsbestimmungen des Versailles Vertrages tot sind und daß die Tatsache, daß sie nicht begraben worden sind, die Luft Europas vergifte. Nach einer unfreundlichen Bemerkung über Deutschland erklärte der Redner, man sehe in England ebenso gut wie in Frankreich die Gefahren die sich aus den ständigen Erklärungen des Kanzlers gegen Sowjetrußland ergeben. Zur abessinischen Frage übergehend, erklärte Samuel, daß ihn die Methode benutzte, die Italien anwende. Man dürfe Italien nicht in Zweifel darüber lassen, was für einen Eindruck sein Vorgehen in weiten Kreisen Englands mache. Er hoffe im übrigen, daß die Kräfte die den Völkerbund bedrohe, vermieden werden könne.

Für die Arbeiteropposition sprach Attlee, der die Rede Hoares als rückwärtschrittlich bezeichnete.

Winston Churchill

übte in gewohnter Weise scharfe Kritik an der englischen Außenpolitik. Sie habe in den letzten Wochen gezeigt, wie man die Dinge nicht tun solle. Sie habe den Völkerbund geschwächt, die kollektive Sicherheit verflüchtigt, Deutschlands Vertragsverletzung verziehen (1) und Stresa erschüttert. Er gebe zu, daß das Flottenabkommen nicht notwendigerweise gegen den Vorteil und die Sicherheit anderer verstoße. Aber beklagenswerterweise sei es ein völlig getrenntes Vorgehen gewesen. Das Vertrauen zwischen England und Frankreich sei erschüttert worden, das heute infolge der bebauerlichen Unterlegenheit der britischen Luftflotte gegenüber der deutschen notwendiger als je sei (1). Nachdem Winston Churchill erklärt hatte, daß er einen Krieg in Abessinien für unvermeidlich halte und daß England zusammen mit anderen Nationen „seine Pflicht tun“ müsse, kam Churchill erneut auf das Flottenabkommen zu sprechen und richtete in diesem Zusammenhang weitere heftige Angriffe gegen Deutschland.

Lloyd George

bedauerte daß England annehmend nicht wüßte seine Verpflichtungen auf Grund des Völkerbundes gegenüber Italien anzuwenden. Die Genfer Entschlieung vom April, in der wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen gegen einen Vertragsbruch

Kurze Tagesübersicht

Für das neue Getreidejahr 1935 wird ein Höherertrag der Ernte um eine Million Tonnen Brotgetreide geschätzt.

Das Echo auf die Rede des englischen Außenministers Hoare ist sehr unterschiedlich. Seine Zurückhaltung in der abessinischen Frage wird auf eine Vereinbarung mit Frankreich zurückgeführt, die ein Einlenken für Italiens Forderung deutlich macht.

Bezüglich der europäischen Fragen hat sich England die französische These zu eigen gemacht, das bedeutet die Verbindung von Luftlocarno, Ostpakt und Donaupakt.

Am Sonntag treffen die Vertreter englischer Frontkämpfer zu einem zehntägigen Besuch in Deutschland ein.

Der Kaiser von Abessinien wird am Montag vor dem Parlament eine große Rede über die innen- und außenpolitische Lage halten.

vorgelesen wurden, sei zwar gegen Deutschland gerichtet gewesen, aber man kann nicht einen Maßstab für Deutschland anwenden und einen anderen für Italien. Abessinien sei der erste Fall, auf den die Genfer Entschlieung anwendbar wäre. Er hoffe, daß England an seine Freunde und Verbündeten in Europa und anderswo herantreten werde, um eine wirkungsvolle Intervention herbeizuführen. Die Abessinier seien ein sehr tapferes Volk und ein Feldzug gegen sie sei ein „sehr ernstes Geschäft“ für Italien. „Man kann augenblicklich nicht wissen, was unserm alten Freund Italien, für den wir die wärmsten Gefühle hegen, passieren mag.“ Wenn es dem Völkerbund nicht gelinge, die abessinische Frage zu regeln, dann werde die letzte Spur seines Ansehens verschwinden. Zur Abrüstungsfrage übergehend, sagte Lloyd George, er wolle die U-Boots-Frage nicht berühren, da ein besonderer Tag zur Erörterung des Flottenabkommens angelegt sei. Lloyd George bat dann um die Erlaubnis einige Bemerkungen zum Versailler Vertrag zu machen, der wie alle menschlichen Erzeugnisse voller Mängel gewesen sei. Er sei unter Bedingungen beispielloser Erbitterung geschrieben worden. Das Beste, was man habe tun können, sei die Einführung von Maßnahmen für eine zukünftige Revision gewesen. Schon damals eine Revision zu versuchen, wäre Wahnsinn gewesen.

Lloyd George sprach dann von der „gewaltigen Wehrpflichtverordnung“ Deutschlands. In sehr kurzer Zeit würden die militärischen Streitkräfte Deutschlands die größten in der Welt sein. In Stresa habe man die „einseitige Vertragsverletzung“ Deutschlands scharf zurückgewiesen, aber habe man etwa gehandelt? Auf die Entschlieung von Stresa und Genf habe Hitler U-Boote gebaut. Wo seien die Sanktionen? Der neue Ministerpräsident und der neue Außenminister hätten den „großen Vertragsbrecher“ herzlich eingeladen, einige weitere „Vertragsbrüche“ zu erörtern. Deutschland pleise auf den Völkerbund, Italien tue daselbe. Kurz gefasst, der Völkerbund sei nur noch ein Schutthaufen.

Sir Austen Chamberlain

erklärte, er stimme darin überein, daß die Lage ernst genug sei und daß die Atmosphäre in Europa schlecht sei als vor einigen Monaten. Die letzten Ereignisse hätten die Befürchtungen nicht vermindert, sondern sie erhöht. Das sei vielleicht der Grund, warum die Mächte so sehr zögerten, irgend einen gemeinsamen Beitrag zum Frieden zu machen. Er wandte sich dann mit ziemlicher Schärfe und Ironie gegen Lloyd George, den er fragte, ob er wirklich glaube, daß er seinen Abfächern diene, indem er allen anderen Nationen die Leutchen lese, und indem er fremde Staatsoberhäupter beleidige. Man könne nicht Frieden machen, indem man strafe. Er habe durchaus recht, wenn er sage, daß er mehr als irgend ein anderer für den Versailler Vertrag verantwortlich sei. Aber wenn er sage, daß nur die härtesten Bedingungen aufrechterhalten worden seien, so habe er vielleicht geschlafen oder sei zu sehr durch seine literarischen Arbeiten beansprucht gewesen. Die Reparationen, eine der härtesten Bestimmungen, seien geschwunden. Die Rheinland-Befestigung habe fünf Jahre vor der Zeit aufgehört.

An dieser Stelle unterbrach Lloyd George den Redner und stellte fest, daß der Versailler Vertrag Deutschland verpflichtete, die Reparationen bis zum Augusten zu zahlen und stellte unter Protest der Konservativen fest, daß Deutschland diese bis zum letzten erfüllt habe.

Chamberlain wandte sich dann gegen die Feststellung Lloyd Georges, daß die Regierung die Einführung der Wehrpflicht in Deutschland, diesen „Vertragsbruch“, habe hingehen lassen. Was würde er denn getan haben? Wenn alle Regierungen falsch gehandelt hätten, ja, was wolle er denn eigentlich? Würde er, nachdem festgestellt worden sei, daß Deutschland sich bewaffnen und in Deutschland ein marschieren sollte? (Stürmische Rufe.) Er, Chamberlain, sei der Ansicht, daß Hoares häufige Erklärung in den fremden Hauptstädten einen größeren Eindruck machen würde als man das im Hause anzunehmen scheine. Er stimme voll und ganz mit der Linie überein, die Hoare eingeschlagen habe.

Der Abgeordnete Griffiths wies auf die bedeutende Rede Hitlers hin in der der Reichskanzler seine Bereitwilligkeit erklärte, in Verhandlungen über ein Abkommen zur Rüstungsbegrenzung einzutreten. Bis jetzt habe die englische Regierung noch keinen Schritt getan, um Deutschland entgegenzukommen.

Jones (Arbeiterpartei) behauptete, daß das deutsch-englische Flottenabkommen durchaus schlecht für die ganze Welt sei.

Die Aussprache wurde im Namen der Regierung vom

Völkerbundsminister Eden

abgeschlossen. Zum deutsch-englischen Flottenabkommen erklärte Eden: „Die britische Regierung gibt nicht zu, daß der Abschluß dieses Abkommens im Widerspruch zu dem Grundgedanken der Zusammenarbeit steht, der in dem Londoner Protokoll vom 3. Februar und in der Stresa Entschlieung, an denen die englische Regierung energisch teilnahm, verlorpert ist.“ Es könne keine Rede davon sein, daß England die deutsche Regierung aufgefordert hätte, etwas zu tun, was sie sonst nicht getan hätte. Der Zweck dieses Schrittes sei es gewesen, durch ein Abkommen mit Deutschland die letzten Folgen eines „einseitigen Entschlusses“ zu beschränken, mit dessen Verwirklichung Deutschland bereits begonnen hätte. „Wir konnten nicht zulassen, daß solche Verhandlungen, die die Zukunft der bald ablaufenden Flottenverträge betreffen, bis zum Abschluß einer internationalen

nalen Vereinbarung über Land- und Luftstrafungen aufgeschoben werden. Wir wünschen alle drei Fragen vorwärts zu treiben, aber wir betrachten das deutsch-englische Flottenabkommen als einen wichtigen vorbereitenden Schritt und als den natürlichen Abschluß eines Abkommens über Küstungen im allgemeinen."

Eden nahm dann auf die Kritik Bezug, daß England nicht mit den Streitmächten zusammengearbeitet habe und daß es keine zweiseitigen Abkommen abschließen solle. Diese Kritik, so erklärte er, treffe genau so auf den französisch-russischen Vertrag zu, den England nicht zu kritisieren wünsche. Eine andere Kritik des Auslandes gehe dahin, England habe das Flottenabkommen aus selbsttätigen Beweggründen wegen seiner Flotteninteressen abgeschlossen. "Aber würden wir Einspruch erheben, wenn andere Mächte ähnliche Abmachungen über Land- und Luftstrafungen mit Deutschland abschließen würden? Die Antwort lautet, daß wir gegen solche getrennten Abkommen nicht nur keinen Widerspruch erheben, sondern sie als einen wichtigen Schritt zur Befriedung betrachten würden, vorausgesetzt, daß unsere eigene Handlungsfreiheit unbeeinträchtigt bliebe, genau so wie die Handlungsfreiheit anderer Mächte durch das deutsch-englische Flottenabkommen in keiner Weise beeinträchtigt wird."

Eden sagte dann, daß Deutschland im Februar letzten Jahres bereit gewesen sei, einer zehnjährigen Abmachung zuzustimmen, sowie einer Luftflotte, die 50 Prozent der französischen während dieser Zeit nicht überschreiten würde, und einer Armee, die mit 300 000 Mann der französischen gleich sein würde. Die französische Regierung habe dieses Angebot abgelehnt.

Eden ging zur Luftpaktfrage über und erklärte, mit allen interessierten Mächten habe ein Meinungsaustausch über die Luftfragen stattgefunden. Der erste Punkt sei das allgemeine Verfahren für die Aushandlung des Luftpakt und das Verhältnis dieses Verfahrens zu den Verhandlungen über die Fragen des Ostpakt und des Donaupakt, über die zur Zeit Besprechungen mit anderen Regierungen im Gange seien. Zweitens finde ein Meinungsaustausch über die allgemeine Form statt, die der Luftpakt annehmen könne.

Eden kam dann auf den italienisch-abyssinischen Streit zu sprechen und sagte u. a.: Wenn der englische Vermittlungsvorschlag angenommen worden wäre, hätte man als nächstes die Lastade den Franzosen als Mitunterzeichner des Vertrages von 1906 vorgelegt, und zwar, bevor man sie Abyssinien und dem englischen Unterhaus mitgeteilt hätte. "Wenn man in irgend welchen Kreisen glauben sollte, der englische Vermittlungsvorschlag bedeute, daß es in Zukunft ein Teil der britischen Politik sein werde, britisches Gebiet wegzugehen, wenn immer um eine Ausbilde gesucht wird, dann möchte ich irgend eine solche Auslegung energisch dementieren. Ich möchte ein für allemal sagen, daß dies nicht die Politik der englischen Regierung ist."

Die vom Völkerbund eingeführte Ausföhrungsmaschine sei unglücklich erwirkt zusammengedrückt. Die englische Regierung erwäge bereits die hierdurch entstandene Lage. Außerdem sei mit der französischen Regierung über die weitergehenden Gesichtspunkte des Streitfalles ein Meinungsaustausch im Gange. England habe gefühlt, daß es seinen Beitrag geleistet habe und daß es jetzt an Frankreich sei, den seinigen zu leisten. Abschließend betonte Eden noch einmal, daß die englische Regierung weiterhin mit Zähigkeit und Standhaftigkeit eine Regelung des italienisch-abyssinischen Streites erstreben werde.

Vertrauensvotum für die Regierung

Dann wurde über einen Antrag der Arbeiteropposition, der sich gegen die Politik der Regierung richtete, abgestimmt. Die Regierung siegte mit 236 gegen 40 Stimmen.

Englische Stimmen

zur Unterhaus-Erklärung

London, 12. Juli. Der Unterhaus-Rede des Staatssekretärs des Außenwesens geben die beiden rechtskonservativen Blätter eine zum Teil verschiedenartige Auslegung. "Daily Telegraph" hebt hervor, daß die Erklärung Hoares offenbar die Ansichten eines einzigen Kabinetts wiedergegeben habe. Als Grundgedanke der britischen Außenpolitik könne die unermüdlige Förderung des Friedens durch Vermittlung des Völkerbundes und durch die Methode der "kollektiven Sicherheit" bezeichnet werden. Dies sei der Kern der Rede gewesen. Das Blatt erklärt, es bestehe auch kein Wunsch auf britischer Seite, ein zweiseitiges Luftabkommen nach dem Vorbild des Flottenabkommens mit Deutschland abzuschließen. Wenn der Aufruf an Hitler, bei Verhandlungen über Ost- und Donaupakt mitzuhelfen, um dadurch dem Luftpakt den von ihm gewünschten Antriebs zu geben, von Berlin bereitwillig angenommen werden würde, so würde dies in ganz Europa begrüßt werden.

"Morningpost" erklärt es für töricht, dem Staatssekretär des Außenwesens die Schuld an den europäischen Zerwürfnissen, der abyssinischen Schwierigkeit oder dem Zerlegen des Völkerbundes zuzuschreiben. Das Blatt begrüßt die Erklärung, daß die britische Regierung nicht einen Vorschlag zum Wirtschaftsboykott gegen Italien gemacht habe, findet aber die Verteilung des Flottenabkommens mit Deutschland weniger glücklich. Mit allen Paktten, Abtrünnungsverträgen und Kollektivsystemen sei es zu Ende. Man dürfe nur hoffen, daß mit der Zerstörung dieser Trugbilder in England ein Gefühl für die Wirklichkeit entstehen werde.

"Times" begleitet die Rede meist mit zustimmenden Bemerkungen. In der Frage des Ostpakt werde die öffentliche Meinung von Herzen die Einladung des Staatssekretärs des Außenwesens an Hitler begrüßen. Zu den Ausführungen über Abyssinien sagt "Times", in dem jetzigen akuten Stadium habe der Staatssekretär besonders vorsichtig sein müssen. Die Schwierigkeit sei, daß niemand außerhalb Italiens genau wisse, worüber sich die italienische Regierung beschwere. Es würde ein Gewinn für die Diplomatie sein, wenn die Beschwerdepunkte mitgeteilt würden. Schließlich warnt das Blatt noch Frankreich vor übertriebener Reizbarkeit und Kleinigkeitskrämererei.

Das Interesse des Arbeiterblattes "Daily Herald" gilt im wesentlichen den Ausführungen des Staatssekretärs über den italienisch-abyssinischen Streit. Das Blatt gibt zu, daß Großbritannien nicht ganz allein die Autorität des Völkerbundes wahren könne.

Der liberale "News Chronicle" bezeichnet die Rede als äußerst taktvoll und als auffällig diplomatisch. In einer Beziehung könne sie als ziemlich geschickter Versuch betrachtet werden, die Streifenfront mit einer etwas veränderten Front wieder herzustellen. Einerseits werde Frankreich durch die Erklärung über die Anteilbarkeit des Friedens und die Notwendigkeit einer stillen, ebenso wie einer westlichen Regelung beruhigt. Andererseits werde Hoare durch freundliche Mahnungen Deutschland zu überzeugen, daß die Streifenfront nichts Deutschfeindliches habe und daß Hitler, wenn er einen Luftpakt wünsche, dafür durch Teilnahme am Ost- und am Donaupakt "bezahlt" werden sollte.

Freundliches Echo in Paris

Paris, 12. Juli. In Paris wird die Rede des englischen Außenministers durchaus freundlich aufgenommen. In diplomatischen Kreisen begrüßt man seine Erklärungen und erwartet in naher Zukunft Verhandlungen über den Luftpakt. Die Erklärung des Außenministers, das zukünftige Luftabkommen müsse von fünf Mächten abgeschlossen werden, legt man hier dahin aus, daß namentlich die Möglichkeit eines zweiseitigen Abkommens und direkter Verhandlungen nicht mehr besteht. Man weiß ferner auf den freundlichen Ton hin, in dem Sir Samuel Hoare die französisch-englische Zusammenarbeit erwähnt habe.

Die Rede des englischen Außenministers, so schreibt der "Matin", kennzeichne eine sehr glückliche Entwicklung der englischen Außenpolitik. Seine Aufforderung an Deutschland, den Donau- und Ostpakt zu unterzeichnen, stimme völlig mit den Ansichten der französischen Regierung überein. Wenn Loval auch Anhänger einer Einigung mit Deutschland bleibe, so hänge doch diese Einigung von einer allgemeinen Regelung aller schwebenden Fragen ab. Die zukünftigen Verhandlungen über den Luftpakt müßten mit denen über den Ost- und Donaupakt Hand in Hand gehen. Man könne es nur begrüßen, daß die großen Richtlinien Frankreichs und Englands zusammenfallen.

Der "Petit Parisien" betont vor allem, der Gesamteindruck der Rede sei von der Tatsache beherrscht, daß England wieder in die Ufer der Londoner Erklärung vom 3. Februar und der Strela-Konferenz zurückkehre.

Dem "Echo de Paris" bietet die Rede keine greifbare Genugung gegenüber Frankreich. Das Blatt erklärt, Frankreich könne sich dem Luftpakt nur anschließen, wenn festgestellt sei, daß er nicht gegen Frankreich selbst angewendet werden könne.

Für den "Excellior" ist die Unterhaus-Rede eine angenehme Ueberraschung. Sir Samuel forderte Deutschland auf, seinen Beitrag zum Frieden zu bringen. Diesen Wunsch teilt Loval vorbehaltlos und mit ihm das darin einmütige französische Volk. Für Frankreich hängt aber diese so notwendige Politik der deutsch-französischen Annäherung davon ab, daß Deutschland Verpflichtungen zu kollektiver Sicherheit zu übernehmen bereit ist.

Das "Deuxieme" bezeichnet die Ausführungen des Außenministers als eine besonders glückliche Einleitung für das bevorstehende neue System politischer Verhandlungen, zu denen Deutschland selbstverständlich herangezogen werde.

"Le Nouvelliste" bemerkt, England biete Frankreich schöne Worte, die mit den Taten der letzten Zeit nicht in Einklang gestanden hätten. Die nahe Zukunft werde beweisen, ob sich in der englischen Politik tatsächlich eine Aenderung vollzogen habe.

Das neue Getreidewirtschaftsjahr

Eine Million Tonnen Mehrertrag

Berlin, 12. Juli. Zu Beginn des neuen Getreidewirtschaftsjahres 1935/36 sprach Ministerialdirektor Dr. Moritz vom Reichs- und preussischen Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft vor Vertretern der Presse. Nach den bisher vorliegenden Berichten und Schätzungen der diesjährigen Getreidernte, so führte er aus, ist mit einem höheren Ertrag als im Vorjahre zu rechnen. Dies ist nicht nur auf gute Wachstumsvoraussetzungen zurückzuführen, sondern in erheblichem Umfang auch auf die Leistungen der Bauern im Rahmen der Erzeugungspläne. Auf Grund der Vorhersage des Statistischen Reichsamtes von Anfang Juli ist eine Getreidernte von insgesamt 21,9 Millionen Tonnen zu erwarten; das sind rund eine Million Tonnen mehr als im vergangenen Jahr. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß die Ernte einen noch höheren Ertrag gibt, sobald Deutschland unter Einbeziehung der Uebergangsbestände von 1934 im neuen Getreidewirtschaftsjahr voraussichtlich ohne Einfuhr auskommt. Mit Sicherheit gilt dies für Weizen und Roggen. Etwas ungünstiger ist die Sachlage beim Futtergetreide. Die Getreiternte ist zwar gut, in Bezug auf Hafer steht es aber nicht wesentlich günstiger als im abgelaufenen Jahr. Dabei darf nicht übersehen werden, daß wir in der Futtergetreideversorgung in der zurückliegenden Zeit immer mehr oder weniger noch auf die Einfuhr aus dem Ausland angewiesen waren. Im neuen Wirtschaftsjahr wird Brotgetreide für Futterzwecke jedoch aus der eigenen Ernte unbedenklich in erheblichem Umfang verbraucht werden können.

Ausgangspunkt bei den neuen Bestimmungen war, daß die Brotpreise auch weiterhin unverändert und stabil sein müssen. Dieses Ziel wird auch im neuen Getreidewirtschaftsjahr verwirklicht; nur in einigen wenigen Orten, jedoch nicht in Berlin, sollen im Verlaufe des neuen Wirtschaftsjahres mäßige Brotpreiserhöhungen zugelassen werden weil hier die Brotpreise im Verhältnis zu dem Jahresdurchschnitt der Brotgetreidepreise und zu den Erzeugungskosten der Mäcker und Bäcker auf Grund besonderer wirtschaftlicher Entwicklungen zu niedrig sind.

Zur Frage der Erzeugerpreise stellte Ministerialdirektor Dr. Moritz fest, daß an dem Fernpreisse der Getreide des vergangenen Jahres grundsätzlich nichts geändert wird. Um aber angesichts der zu erwartenden beträchtlichen Getreidernte dem Bauern die Aufbewahrung seines verkaufsfähigen Getreides für einen längeren Zeitraum zu erleichtern und die Vorratbildung in der zweiten Hand zu fördern, sind die monatlichen Preiszuschläge (die sogenannten Reports) nicht unerheblich erweitert worden. Der Unterschied zwischen dem niedrigsten Preis eines Preisgebietes zu Beginn des Getreidejahres und dem höchsten Preis desselben Gebietes am Jahreschluß beträgt in diesem Jahr gleichmäßig bei allen Getreidearten 20 RM. je Tonne, während der bisherige Unterschied rund 30 Prozent darunter lag. Der Roggenzuschlag des eben abgelaufenen Wirtschaftsjahres gilt kraft besonderer neuer Vorschriften bis zum 31. Juli 1935. Damit soll denen geholfen werden, die noch nennenswerte Bestände an altertümigem Roggen haben.

Die Haferpreise sind, abgesehen von dem erweiterten Report, wie im Jahre 1934/35 bemessen worden. Bei den übrigen Getreidearten sind vor allem aus produktionspolitischen Gründen einige Verschiebungen notwendig gewesen. Der Weizenanfangspreis liegt in diesem Jahr etwa 4 RM. je Tonne niedriger als im vergangenen Jahr, um damit einmal einer Ausdehnung der Weizenanbaufläche über den Bedarf hinaus entgegenzuarbeiten und um andererseits die Möglichkeit zu schaffen, die Brotpreise stabil zu halten. Durch die Herabsetzung der Weizenanfangspreise wird ermöglicht, daß die Mäcker für jede Tonne vermalenen Weizen eine Abgabe an einer Ausgleichskasse zahlen die den Bäckern die Stabilität des Brotpreises ermöglichen sollen; ein Verfahren, das nach den bisherigen Erfahrungen weiter ausgebaut worden ist. Der Roggenanfangspreis ist um eine Reichsmark je Tonne erhöht worden. Hierdurch wird die Spanne zwischen dem Roggen- und Weizenpreis aus produktionspolitischen Gründen verringert. Der Gerstenertrag wurde um 6 RM. je Tonne erhöht, um einen Anreiz für eine erhöhte Gerstenerzeugung zu geben.

Die neue Getreidewirtschaftsordnung bringt verschiedene Veränderungen. Die bedeutendste ist, daß zwar an dem Gedanken

der geregelten Ablieferung von Brotgetreide als Ablieferungsrecht und Ablieferungspläne (Ablieferungscontingentierung) festgehalten wird, die Ablieferung im einzelnen aber nicht mehr durch Regierungsverordnung, sondern durch Anordnungen der Hauptvereinigungen und der Getreidewirtschaftsverbände geregelt wird. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft legt nur noch das Reichsablieferungscontingent fest.

Die Mäcker sind verpflichtet, nur mit Blomben versehenes Getreide zu verarbeiten. Dadurch hat der Bauer die Gewähr, daß das ihm zugewiesene Ablieferungsoll auch fortlaufend Absatz findet.

Ein allgemeines Verfütterungsverbot für Roggen und Weizen besteht nicht mehr. Neuerdings werden auch beim Hafer nur für Futterhafer Festpreise angelegt, während für Gerste und Hafer, die Industrieküchen dienen, zunächst keine Preise festgelegt werden. Unter besonderen Umständen ist indessen auch hier eine Preisfestsetzung vorgezogen.

Zur Judenfrage in der Wirtschaft

Berlin, 12. Juli. Der nationalsozialistische Wirtschaftsdienst "Deutsche Volkswirtschaft" beschäftigt sich, wie das NoZ meldet, mit der Judenfrage in der deutschen Wirtschaft. Neben der Ausschaltung der Juden aus dem öffentlichen Leben werde dem Juden in seiner privaten Tätigkeit der Boden langsam aber sicher durch Herbeiführung einer neuen Wirtschaftsgestaltung und eines neuen Wirtschaftssystems entzogen. Auf dem Gebiete des Handels, auf dem der Jude zweifellos befähigt sei, sei man der jüdischen Tarnung durch die Kennzeichnung „deutsches Geschäft“ begegnet. Wenn trotzdem viele Volksgenossen nicht die erforderliche Konsequenz ausbrügten, so sei das bedauerlich, liege aber sehr oft daran, daß noch viele jüdische Geschäfte anonym und von arischem Verkaufspersonal geführt würden. Es zeuge von einer unerhörten Großzügigkeit und Toleranz, wenn hier nicht auf eine verhärtete Offenlegungspflicht gedrängt werde. Es stehe fest, daß viele in der Ausschaltung des Judentums aus dem öffentlichen Leben, sowie dem Kultur- und Geistesleben die Judenfrage als gelöst betrachteten. Die Wirtschaft dagegen sei ein Gebiet, auf dem man vielfach höre: „Kein wirtschaftlich — ungeschicklich“. Gegen einen solchen Standpunkt müsse schärfste Verwahrung eingelegt werden. Es gehe nicht länger an, daß öffentliche Aufträge an jüdische Firmen vergeben werden, daß man als Nationalsozialist bisweilen unbedachtig (infolge der Anonymität) in einem jüdischen Geschäft taufen müsse; daß überhaupt an einer Ware jemals ein jüdischer Spekulant angeschlossen sei, die Hände gewaschen hat. Nichts als Klarheit sei zu fordern, denn solange die Dinge nicht offenlägen, sei die Judenfrage nicht gelöst.

Der Führer in München

München, 12. Juli. Der Führer besichtigte am Freitag in Begleitung des Reichskriegsministers, Generaloberst von Blomberg, des Reichsministers der Luftfahrt, General der Flieger, Göring, und des Staatssekretärs der Luftfahrt, Generalleutnant Milch, die Banerischen Motorenwerke in München. Anschließend begab sich der Führer mit seiner Begleitung im Flugzeug zum Flugplatz Gaget Lechfeld und besichtigte dort die Fliegergruppe Lechfeld.

Geteilte Aufnahme der Hoare-Rede in Rom

Rom, 12. Juli. Nachdem der vollständige Wortlaut der englischen Unterhausrede vorliegt, sind hiesige zuständige Stellen damit beschäftigt, sie einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Man will erst ihre praktische Bedeutung genau abwägen, ehe man irgendwie amtlich Stellung nehmen will.

Ablehnend ist dagegen die Haltung der italienischen Mitteilungsblätter. In bisweilen drastischen Worten geben sie dem Widerspruch darüber Ausdruck, daß die Anerkennung des italienischen Expansionsrechts im englischen Unterhaus doch nur recht bedingt ausgesprochen worden sei.

"L'Espresso" meint, nach dem Abschluß der Parlamentstagung brauche Italien weder weitere Variationen über das Thema der traditionellen englisch-italienischen Freundschaft noch weitere Rechtfertigungen zu den berühmten „konstruktiven“ Vorlesungen zu hören. Italiens Interesse sei ausschließlich, zu erfahren, wie sich die englische Regierung in der unmittelbaren Zukunft verhalten wolle, nachdem das italienische Recht auf Expansionsrechte anerkannt und auf jeder Druck zum Schaden Italiens in Abrede gestellt worden sei.

Das Mittagsblatt des halbamtlichen "Giornale d'Italia" sagt unter der ironischen Ueberschrift „Expansion auf dem Mond“. Die Frage der traditionellen Freundschaft könne nur als lästig empfunden werden, wenn sie nicht in der Praxis eine Berücksichtigung der Notwendigkeiten des modernen Italiens in sich schließt. Der englische Außenminister müsse Italien erst nach mitteilen, auf welchem Teil des Mondes es seinen anerkannten Rechten Genüge leisten dürfe und an welche Regierung des Jenseits es sich wenden dürfe, um Genugtuung für das offensündliche Unrecht zu erhalten, das ihm von Abyssinien angetan worden sei.

"Popolo d'Italia" schreibt: Sir Samuel habe nicht viel gesagt, was nicht schon von anderen wiederholt ausgedrückt worden sei. Neu sei jedoch der Ton der ganzen Rede. Die Erwähnung der freundschaftlichen Tradition die England mit Italien verbinde, werde in Italien ein gutes Echo auslösen, ebenso auch der Hinweis, daß England nicht daran denke, kollektive Sanktionen gegen Italien vorzuschlagen. Das Unterhaus habe aber vergeblich darauf gewartet, daß der britische Außenminister sich klar über die Absichten der Regierung ausspäche.

Weniger zustimmend ist die Stellungnahme der "Stampa". Das Blatt meint, man könne wahrlich nicht finden, daß die Rede eine Klärung der Lage gebracht habe. Die Haltung Englands im italienisch-abyssinischen Streit sei keineswegs klargestellt worden.

Englischer Frontkämpferbesuch in Deutschland

Die Abordnung der British Legion am Sonntag in Berlin

Berlin, 12. Juli. Am Sonntag, den 14. Juli, werden die Vertreter des großen englischen Frontkämpferverbandes, der British Legion, zu ihrem Besuch in Deutschland in der Reichshauptstadt eintreffen. Abordnungen der deutschen Frontkämpferbünde werden die britischen Vertreter auf dem Bahnhof Friedrichstraße empfangen. Die Abordnung besteht aus den Herren Major F. W. C. Fetherstone-Gowles, der gleichzeitig der Führer der Abordnung ist, Oberst Albwaaden, Oberst G. Crossfield, Oberst A. D. Murray, Hauptmann H. A. James und Oberwachmeister Eggleston.

Die Vertreter der British Legion werden voraussichtlich zehn

Tage in Deutschland verbringen und dabei Gelegenheit haben, nicht nur mit den Vertretern der großen deutschen Frontkämpferverbände in Fühlung zu treten, sondern auch das neue Deutschland bei seiner Aufbauarbeit kennen zu lernen. Die englischen Gäste werden Hamburg, München und Köln ebenfalls einen Besuch abstatten. Am Montag, den 15. Juli, werden die Abgeordneten der British Legion am Ehrenmal unter den Linden einen Kranz niederlegen und darauf bei einem Empfang im Katherhof von Botschafter von Ribbentrop willkommen geheißen werden.

Mit aufrichtiger Freude begrüßen die deutschen Frontkämpfer und mit ihnen das gesamte deutsche Volk die Vertreter der englischen Frontkämpfer als die Vertreter eines Volkes mit dem Deutschland nur einmal Krieg führen mußte und mit dem es in Zukunft an der Schaffung eines wahren Friedens auf der Grundlage gleicher Achtung und gleicher Rechte freundschaftlich und vertrauensvoll zusammenarbeiten gewillt ist.

Desistenverbrechen katholischer Orden Der vierte Anlagelast

Berlin, 12. Juli. Vor dem Berliner Schnellhöfengericht begann am Freitag der Prozeß gegen den 47jährigen Prokurator-Fater, Ernst Boragge aus Köln, wegen vorläufigen Desistenvergehens. Es handelt sich dabei um den vierten zur Verhandlung kommenden Fall aus dem umfangreichen Desistenverfahren gegen einige katholische Orden. Boragge hatte innerhalb der deutschen Ordensprovinz der Lazaristen nach seiner Ernennung zum Prokurator im Juni 1930 vornehmlich die Finanzgeschäfte zu erledigen und die Kasse zu betreiben. Die deutsche Ordensprovinz der Lazaristen, bzw. Binzintiner, hatte im Jahre 1927 in Holland eine Anleihe in Höhe von 120.000 holländischen Gulden aufgenommen. Im Jahre 1932 empfahl der berühmte Dr. Hofius den Angeklagten den Rückkauf von Obligationen nach den Ermittlungen der Zollbehördenstellen und der Staatsanwaltschaft hat der Angeklagte daraufhin insgesamt 10.000 RM nach Holland gebracht. Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit hat sich der Angeklagte auch der Genehmigungserklärung schuldig gemacht. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sich der Angeklagte im Sinne der Anklage schuldig fühle, erwiderte Boragge: „Zum größten Teil“. Auf weiteres Befragen gab der Angeklagte an, das Geld in der Attentatschilde über die Grenze geschmuggelt zu haben. Er habe zwar gewußt, daß dies verboten sei, er sei sich jedoch über die Tragweite seines Handelns nicht im klaren gewesen. Auf die weitere Frage des Vorsitzenden warum er überhaupt das Geld über die Grenze gebracht habe, antwortete der Angeklagte, sie hätten damals Angst vor kommunistischen Unruhen gehabt und wollten einen Notgroschen in Holland festlegen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten wegen Desistenvergehens in vier Fällen insgesamt zweieinhalb Jahre Zuchthaus, 40.000 RM Geldstrafe und drei Jahre Ehrverlust. Außerdem wurde die Einziehung von 30.000 RM beantragt für die der Orden haften soll.

Der Angeklagte wurde wegen fortgesetzter Vergehen in vier Fällen gegen die Desistenverordnung zu einer Gesamtstrafe von zweieinhalb Jahren Zuchthaus und 40.000 RM Geldstrafe verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm auf die Dauer von drei Jahren aberkannt. Die Einziehung eines Betrages von 30.000 RM wird angeordnet für die Einziehung der genannten Summe haftet die Missionsgesellschaft der Binzintiner.

Kein englisches Ausfuhrverbot für Waffenlieferung für Abessinien?

London, 12. Juli. Eine von Reuters verbreitete Meldung, daß die britische Regierung die Waffenexporte von England nach Abessinien freiwillig gesperrt habe, wird von mehreren Morgenblättern für unrichtig erklärt. Es wird gemeldet, daß nach mehr als zwölftägiger Pause vor einigen Tagen gewisse Anträge auf Einfuhr von Waffen von der abessinischen Regierung eingegangen seien und diese würden in der üblichen Weise und ohne ungewöhnliche Verzögerung erledigt werden.

Vericht über das Erdbeben in Japan

Tokio, 12. Juli. Aus dem amtlichen Bericht über das schwere Erdbeben in Japan geht hervor, daß in Schimizu besonders die Kaimauern und Lagerhäuser schwer beschädigt worden sind. Bissher konnten 12 tote und 190 Verletzte gezählt werden. 150 Häuser wurden zerstört, 470 schwer beschädigt. Der Sachschaden beträgt etwa 12 Millionen. Der Verkehr im Hafen von Schimizu konnte wieder hergestellt werden. Auch der Sender von Schimizu arbeitet wieder.

Landwirtschaftliche Buchführungspflicht verordnet

Berlin, 12. Juli. Der Reichsfinanzminister hat laut RdZ. durch Verordnung die Buchführungspflicht für die deutsche Landwirtschaft eingeführt. Die Verordnung gilt erstmals für das landwirtschaftliche Wirtschaftsjahr 1935/36. Erstmals für die Zeit vom 1. Juli 1935 ab sind Land- und Forstwirte buchführungspflichtig, die nach den Feststellungen, die zuletzt vor dem 1. Juli 1935 getroffen wurden, eine der in Paragraph 161 Abs. 1 Ziffer 1 Buchstaben a oder c oder e der Reichsabgabenordnung bezeichneten Voraussetzungen erfüllen. Diese Voraussetzungen sind ein Gesamtumsatz von mehr als 200.000 Mark oder ein Vermögen von mehr als 100.000 Mark oder die Einkünfte aus dem landwirtschaftlichen Betrieb von mehr als 6000 RM im Jahre. Neben der fortlaufenden Aufzeichnung aller Betriebsvorgänge sind ein Viehregister, ein Naturalienregister und ein Lohnregister zu führen.

Besprechungen Avenols mit Hoare und Eden

London, 12. Juli. Der Generalsekretär des Völkerbundes Avenol, träufte am Freitag mit dem englischen Außenminister Sir Samuel Hoare und hatte später eine Besprechung mit dem Völkerbundminister Eden. Am Sonntag wird Avenol, mit einem ein- bis zweitägigen Aufenthalt in Paris, nach Genf zurückreisen. In Paris soll er u. a. mit dem abessinischen Vertreter beim Völkerbund zusammentreffen.

Deutschland in Front

Berlin, 12. Juli. Bei der internationalen „Military“ in Döberitz, der letzten großen Vorbereitung der Reiter für die olympischen Spiele, wurde am Freitag der zweite und zugleich schwerste Teilmehrbewerb, der über insgesamt 36 Kilometer führende Geländestrecke, ausgetragen. Wie schwer die Prüfung war, zeigt nur allzu deutlich der Ausfall von rund 30 u. S. der Bewerber.

Der Döberitzer Kurm unter Hauptmann Stubendorff aus dem Vielseitigkeitsfall der Kavallerieschule Hannover konnte in der Gesamtwertung auch weiterhin die Führung behaupten und seinen Punktvorsprung so weit ausdehnen, daß er kaum noch zu schlagen ist. Den zweiten Platz nimmt der Däne Grandjean auf Greg Jelar vor Granit (Rittmeister Pippert) ein.

Internationale „Military“ in Döberitz

Prag, 12. Juli. Das Endspiel der Eutopazone um den Tennis-Davispokal begann am Freitag in Prag. Im ersten Spiel forderte Heinrich Healel von dem tschechischen Spitzenpieler Koderich Menzel fünf Sätze Menzel siegte 7:5, 6:1, 4:6, 2:6, 6:4. Fast drei Stunden währte der Kampf.

Unier Meisterpieler Gottfried von Gramm konnte sein erstes Spiel erwartungsgemäß siegreich gestalten und schlug in noch nicht einmal einer Stunde den Tschechen Josef Ciska 6:2, 6:4, 6:2. Damit steht das Treffen nach dem ersten Tag 1:1.

Prinzregent Paul in Sinaia

Bukarest, 12. Juli. Prinzregent Paul von Südsawien traf am Freitag in Sinaia ein, wo er von König Carol, vom Thronfolger-Großwojwooden und sämtlichen Mitgliedern der Regierung mit Ministerpräsident Tatarescu und Außenminister Titulescu an der Spitze begrüßt wurde.

Nach dem Empfang verammelten sich die Mitglieder der Regierung im Salonwagen Titulescus, wo der Außenminister einen zweitägigen Vortrag über die außenpolitische Lage hielt. Mittags gab König Carol auf Schloß Pelesch ein Essen. Hierauf fand eine Konferenz statt, an der König Carol, Prinzregent Paul, Ministerpräsident Tatarescu, Außenminister Titulescu und Kriegsminister General Paul Angelescu teilnahmen. Wie hier verlautet, verläßt Prinzregent Paul am Sonntag Sinaia, um sich nach Bled zu begeben, wo er am Montag eine Zusammenkunft mit dem griechischen Kriegsminister Kondoglis haben wird, der aus Rom zurückkehrt.

Englisch-französische Vereinbarung

über die abessinische Frage

Rom, 12. Juli. Der Pariser Berichterstatter der Tribuna glaubt, eine Vereinbarung zwischen Foreign Office und Quai d'Oran über die weitere Behandlung des abessinischen Streitfalles melden zu können. Darnach soll man vorhaben:

1. Dem Völkerbund soweit als möglich eine öffentliche Ausprägung über Abessinien zu eriparen;
2. ein militärisches Vorgehen in Abessinien zu verhindern, indem man der italienischen Regierung eine vernünftige Genugtuung gibt;
3. eine vertrauensvolle und herzliche Zusammenarbeit zwischen London, Paris und Rom wieder herzustellen, um die Frage der Organisierung des Friedens zu lösen, da weiterer Ausschub zu gefährlich werden könnte.

Auch in Paris beurteilt man die Lage des italienisch-abessinischen Konfliktes plöylich ziemlich optimistisch. In den Erklärungen Hoares erblickt Paris eine wesentliche Annäherung an den französischen Standpunkt und eine Brücke zur Verständigung mit Italien. Vor allem besteht England nicht mehr darauf, daß der Völkerbund nicht mehr öffentlich über den Abessinienfall verhandelt, belanmtlich der Stein des Anstoßes für Mussolini. Damit würde dem italienischen Prestigeverlangen entgegengekommen werden, gleichzeitig aber auch die Gefahr beseitigt sein, die dem Völkerbunde drohte.

Die sachliche Beilegung des Konflikts soll auf der Grundlage eines Vorabes versucht werden, den nach einer Pariser Meldung der italienische Botschafter Grandi selbst im Foreign Office vorgetragen habe. Er sucht auf dem Dreimächte-Abkommen vom Jahre 1906, in dem sich England, Frankreich und Italien über gewisse Einflusssphären in Abessinien einigten. Dieser Zonenvertrag von 1906 ist bisher praktisch nicht durchgeführt worden. Nehi soll Italien das Hinterland der beiden Kolonien Eritrea und Somaliland zur Kontrolle mit dem Recht der militärischen Beziehung ausgeliefert werden und dahinter soll sich eine weitere italienische Einflusssphäre erstrecken, in der Italien politisch und wirtschaftlich dominieren würde.

Man nimmt in Paris an, daß auf dieser Grundlage eine Zusammenarbeit von England, Frankreich und Italien zustandekommen wird. Italien würde einen wesentlichen materiellen Gewinn erzielen und es würde gleichzeitig, was bei der derzeitigen hochgespannten Stimmung des letzten Monats in Kriegsvorbereitungen stehenden Landes nicht unwesentlich ist, eine Genugtuung für sein Prestigebedürfnis dadurch erhalten, daß es die in Eritrea und Somaliland bereitgestellten Truppen in abessinischen Gebiet einmarschieren lassen kann. Wenn alles gut geht, würde das zwar kein Feldzug, sondern nur eine „friedliche Besetzung“ sein und sie soll nach dem Vorabes auch insofern befristet werden, als sie nur solange aufrecht erhalten werden soll, wie das zur Sicherung der italienischen Kontrollbefugnis notwendig erscheint. Eine Bestimmung, bei der die Ausguren allerdings lächeln.

Die Frage ist, was der Regus zu diesem „Vergleichsvorschlag“, der ein erhebliches Stück aus seinem Lande herauskniefet, sagen wird. Er soll „louverän“ bleiben. Daß er unter dem „Schutze“ der italienischen Bajonette und Tanks seine eigene Außenpolitik und auch seine selbständige Wirtschaftspolitik treiben könnte, ist klar. Man verweist darauf, daß für den Fall ein ähnliches Statut besteht. Der Unterschied ist nur, daß der Fall unter solchen keine staatliche Selbständigkeit beschränkenden internationalen Bestimmungen als Staat überhaupt erst existiert, also den Zustand unbedingter Souveränität vorher nicht kannte, deren Abessinien sich bisher immerhin erfreut hat. Es wird darauf ankommen, mit welchen Druckmitteln Frankreich und England dem Kaiser Haile Selassie den Vorschlag präsentieren, und auch darauf, wie dieser die Stärke seiner eigenen Streitmacht einschätzt. Daß er vorläufig vor Italien allein nicht zurückzuweichen denkt, zeigt die Verlegung von Truppenteilen an die bedrohten Grenzen und sein Drängen beim Völkerbund, schon am 25. Juli eine Sonderkongress des Rates zur Behandlung seiner Beschwerden gegen Italien abzuhalten.

Die Wetterlage hat sich nicht geändert. Ein breiter Hochdruckrücken erstreckt sich von Spanien über England bis nach Skandinavien. Unter seinem Einfluß ist für Sonntag und Montag immer noch hochsommerliches Wetter zu erwarten.

6000 Arbeitslose weniger

im Landesarbeitsamtsbezirk Südwestdeutschland

Im Juni hat in Südwestdeutschland die Belegung der Beschäftigung hauptsächlich durch den erhöhten Kräftebedarf der Landwirtschaft einen neuen Auftrieb erfahren, so daß der Arbeitslosenstand nochmals um 5969 Personen gemindert werden konnte. Darüber hinaus sind noch rund 4400 Volksgenossen, die durch Beendigung und Auslegung von Kostensarbeiten als Arbeitslose neu in Zugang genommen waren, in reguläre Beschäftigung gebracht worden. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen, die bei den südwestdeutschen Arbeitsämtern vorgezeichnet waren, betrug Ende Juni 78.370 Personen (60.990 Männer und 17.380 Frauen). Auf Württemberg und Hohenzollern kamen 11.290 Arbeitslose (8002 Männer und 3288 Frauen) und auf Baden 67.080 Arbeitslose (52.988 Männer, 14.092 Frauen). In den württembergischen Bezirken kamen im Durchschnitt auf 1000 Einwohner nurmehr vier Arbeitslose, auf die badischen aber noch 27; im Reichsdurchschnitt hatte die Arbeitslosenziffer am 31. Mai 30,8 Arbeitslose auf 1000 Einwohner betragen. In Württemberg ist der günstige Stand vom Juni 1928 wieder erreicht, in Baden ist der Arbeitslosenstand noch um über 26.000 höher als 1928. Die Einstellung der Unterstützungs-Einrichtungen belief sich in der Arbeitslosenversicherung auf 1905 und in der Krisenfürsorge auf 919 Hauptunterstützungsempfänger. Die öffentliche Fürsorge wurde um rund 1400 Wohlfahrtserwerbslose entlastet. Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war am 30. Juni folgender: In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 10.656 Personen (9496 Männer, 1160 Frauen), in der Krisenfürsorge 32.192 Personen (26.522 Männer, 5670 Frauen). Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug 42.848 Personen (36.018 Männer, 6830 Frauen), davon kamen auf Württemberg und Hohenzollern 5042 Personen (4056 Männer, 986 Frauen), und auf Baden 37.806 Personen (31.962 Männer, 5844 Frauen). Die Zahl der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen belief sich nach dem vorläufigen Zählergebnis auf insgesamt 11.853 und zwar auf 1789 in Württemberg und auf 10.064 in Baden.

lokales

Wildbad, den 13. Juli 1935.

Bahnunfälle. Wegen schlechter Benützung fällt ab Montag, den 15. Juli 1935 Bp 3247 Montags und Freitags aus, es verkehren also nur noch Samstags Bp 3247 Wildbad ab 22.53 Uhr. Sonntags Bp 3245 Wildbad ab 22.32 Uhr, der 15 Minuten auf Theaterschluß wartet.

Ein Kameradschaftstreffen der Harmonika-Freunde ludte am 6. und 7. Juli viele auswärtige Gäste nach Calmbach. Die Hand- und Mundharmonikastube „Alhaca“ unter ihrer bewährten Leitung von Herrn Dipl. Bundestlehrer für Hand- und Mundharmonika Alfred Haug als Festgeber, leitete die Veranstaltung mit einem abwechslungsreichen Unterhaltungs-Abend am Samstag ein. Stämmigen Beifall erzielte das „Alhaca“-Orchester durch seine wirklich glänzend vorgebrachten Musikstücke. Mit der Rundfunk-Übertragung durch den Reichsfunk-Sattigart am Sonntag nachmittag, von dem Konzert aus der Muschel des Kurplatzes in Bad-Viehwitz, wieder ausgeführt von dem „Alhaca“-Orchester erreichte das Fest seinen Glanzpunkt. Durch das rhythmisch-harmonische Zusammenspiel wurden die vielen Zuhörer in wahre Begeisterung versetzt und nicht endenwollender Applaus veranlaßte die Kapelle zu 2 Zugaben. Aber auch dann wollte man sich nicht beruhigen und kamen die Gäste sogar bis zur Muschel vor und zwangen beinahe das Orchester zu weiteren Zugaben, worauf noch zwei zum Besten gegeben wurden. Mit der Rundfunk-Übertragung war man allgemein sehr zufrieden und war es nur höchst bedauerlich, daß durch allzufrühe Trennung der letzte Marsch nicht mehr übertragen werden konnte; wir hoffen jedoch, daß dies bald nachgeholt werden kann. Am Sonntag abend traf man sich wieder im dichtgefüllten Saal zum Tanz. Dem „Alhaca“-Orchester mit seiner vortrefflichen Leitung darf man zu ihrem Erfolg gratulieren.

Württemberg

Änderung des Weidengesetzes

Stuttgart, 12. Juli. Die neueste Nummer des Regierungsblattes für Württemberg enthält ein Gesetz, durch das das Gesetz über die Ausübung und Abänderung der Weiderecht auf landwirtschaftlichen Grundstücken sowie über Abänderung der Waldweide-, Waldfahrt- und Waldstreue-Rechte vom 26. März 1873 verschiedene Änderungen erfährt. In den neuen Bestimmungen heißt es u. a.:

Die Einriedigung von Gärten und Obstbaumschulen hat deren Freiheit von der Beweidung ohne Entschädigung zur Folge. Die gleiche gilt für Obstbaumgärten, deren Bestand vorwiegend weniger als 20 Jahre alt ist. Lassen die öffentlichen Belange die Verpachtung einer Gemeindefeldweide wünschenswert erscheinen, so kann auf Antrag der Landesbauernschaft das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Innenministerium die Verpachtung anordnen. In diesem Falle ist der Gemeinde eine angemessene, in der Regel zwei Wochen nicht überschreitende Frist zu setzen, innerhalb der sie die Schafweide zu verpachten hat. Ist nach Ablauf der Frist die Schafweide nicht verpachtet, so kann das Wirtschaftsministerium einen Pächter benennen. Wenn ein Einzelne zwischen der Gemeinde und dem Pächter nicht alsbald zustande kommt, so werden die Pachtbedingungen vom Wirtschaftsministerium festgelegt. Vor dem Befahren der Weide hat der Pächter für den Pachtjahrs einer Weidezeit (Vorommer-, Sommer-, Herbst-, Winter-, Jahresweide) Sicherheit zu leisten.

Die Besitzer geschlossener Höfe und anderer vereinzelter Wohnhöfe können auf ihren Antrag von der Gemeinde gegen Bezugs auf ihren Anteil an der gemeinen Weide für ihre um die Ansiedlung gelegenen zusammenhängenden Grundstücke von der Gemeindefeldweide freigelassen werden. Das gleiche gilt für den Besitzer eines anderen Grundstückes, wenn besondere Belange des Besitzers die Ausscheidung des Grundstücks aus der Gemeindefeldweide rechtfertigen und wenn die Ausscheidung möglich ist ohne daß dadurch die Ausübung der Gemeindefeldweide gefährdet wird. Widerspricht die Freilassung den öffentlichen Belangen, so kann sie vom Oberamt auf Antrag der Landesbauernschaft wieder aufgehoben werden.

Befindet sich in einer Gemeinde keine oder nur eine beschränkte Gemeindefeldweide, so ist eine Gemeindefeldweide von der Gemeinde einzuzuführen oder die Verdrängung anzubeden wenn die in Artikel 15 Abs. 1 genannte Mehrheit der beteiligten Grundstücksbesitzer es verlangt. Die Anordnung der Gemeinde bedarf der Genehmigung des Oberamts. Auch ohne ein solches Verlangen kann die Einführung einer Gemeindefeldweide oder die Aufhebung der Beschränkung einer solchen

auf Antrag der Landesbauernschaft vom Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Innenminister angeordnet werden, wenn die öffentlichen Belange die Anordnung wünschenswert erscheinen lassen.

Stuttgart, 12. Juli. (Württ. Staats-Theater.) Die letzte Neueröffnung im Spielplan der Württ. Staats-Theater ist die Erstaufführung der Oper *Kerzes* von Georg Friedrich Händel am Dienstag, 16. Juli abends 8 Uhr im Kleinen Haus. Die musikalische Einstudierung und Leitung liegt in Händen von Prof. Carl Leonhardt.

Eisstadion. Unter maßgebender Mitwirkung der Stadt Stuttgart und des Reichsbundes für Leibesübungen Ortsgruppe Stuttgart ist ein Verein „Eisstadion Stuttgart B.“ gegründet worden. Gemeinnütziger Zweck des Vereins ist die Errichtung und der Betrieb einer Freiluft-Kunsteisbahn sowie jede Förderung des Sports und des Volkswohls auf dieser Bahn. Vorsitzender des Vereins ist städtischer Rechtsrat Dr. Kocher. Die Vorarbeiten sollen so gefördert werden, daß nach Klärung der Platzfrage mit den Bauarbeiten für die Freiluft-Kunsteisbahn möglichst noch in diesem Sommer begonnen werden kann, um das Stuttgarter Eisstadion im kommenden Winterhalbjahr in den Dienst des Olympia-Trainings zu stellen.

NSB. eröffnet Nähstuben. Die NSB-Volkswohlfahrt Kreisamtsleitung Stuttgart-Stadt unterhält im Benehmen mit der NS-Frauenchaft ab 15. Juli ds. Js sechs offene Näh- und Flickstuben. Allen arbeitsamen und -willigen — nicht unter 25 Jahre alten — Frauen und Mädchen ist dadurch Gelegenheit geboten, Kleider und Wäsche sowohl neu anzufertigen als auch auszubessern.

Sonderzüge zu den Rundfunktagungen vom 16. bis 21. August. Zu den großen Rundfunktagungen anlässlich der Großen Berliner Rundfunkausstellung veranstaltet der Reichsverband Deutscher Rundfunkteilnehmer Gau Württemberg-Hohenzollern die Bestellung von vier Sonderzügen für die Mitglieder und Freunde des Reichsverbandes Deutscher Rundfunkteilnehmer. Die Züge fahren am 16. August morgens in Stuttgart ab und fahren am 21. August morgens von Berlin zurück. Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist äußerst billig. Anmeldung zur Sonderfahrt bei den Kreisfunkstellenleitern am Ort der Kreisleitungen.

Aus dem Lande

Ludwigsburg, 12. Juli. (Schwer verunglückt.) In Eglosheim fuhr ein 14jähriger Schüler mit seinem Fahrrad auf einen Asperger Personentransportwagen auf. Der Junge hat schwere Verletzungen an der rechten Brustseite davongetragen, so daß Lebensgefahr besteht.

Ehlingen, 12. Juli. (Todesfall.) Hier verstarb der württembergische Industrie- und angelegene Kaufmann Emil Kienlin, der Sohn des Mitbegründers der großen Wollfirma (Merkel und Kienlin, Kammgarnspinnerei, Ehlingen). Im November 1881 trat er in die Firma Merkel und Kienlin ein und setzte sich erst nach 45jähriger rastloser und unermüdbarer Geschäftstätigkeit, die ihn in Verbindung mit der ganzen Welt brachte, zur Ruhe. Das ganze Werk in Ehlingen und auch die Stadt 'rauen um den Verstorbenen.

Detzau, OA. Ehlingen, 12. Juli. (Ertrunken.) In der Nacht zum Freitag wollte der 27 Jahre alte Karl Ihle aus Pforzheim den Weg durch Ueberschwimmen des etwa sieben Meter tiefen Kanals in voller Kleidung abkürzen. Da sich die Kleider sofort mit Wasser füllten, wurde Ihle in die Tiefe hinabgezogen. Vor den Augen seiner Arbeitskameraden verlief er.

Genfingen, OA. Keutlingen, 12. Juli. (Ein Mann brennt.) Am Donnerstag war Straßenwart G. Herrmann mit Teeren an der Straße Genfingen-Lichtenstein am Ortsausgang beschäftigt. Plötzlich sah er sich in der Nähe befindliche ledige Albert Schmauder, daß Herrmann in eine Feuerflamme eingehüllt war. Schmauder sprang schnell zu Hilfe und wälzte den Brennenden in einem Getreidefeld, da zum Löschen sonst nichts vorhanden war. Mit schweren Brandwunden wurde Herrmann in seine Wohnung verbracht. Auch Schmauder hat an der Hand schwere Brandwunden erhalten.

Seeburg, OA. Urach, 12. Juli. (Hirnschlag.) Steinbruchbesitzer Georg Hölz ist kurz vor der Mittagspause in seinem Tuffsteinbruch an einem Hirnschlag verstorben.

Ehlingen, 12. Juli. (Zu spät zur Musterung gekommen.) Die Polizeidirektion teilt mit: Ein Dienstpflichtiger, der ohne Entschuldigung zu spät zur Musterung erschien und ohne Erlaubnis vor Beendigung der Musterung wieder wegging, wurde mit zwei Tagen Haft bestraft.

Keutlingen, 12. Juli. (Schuppenbrand.) Nachts entstand in einem Lagerschuppen der Holzwarenfabrik Karl Schwab am Südbahnhof ein Schadenfeuer. Die beiden Motorspritzen wurden rasch des Feuers Herr. Der Schaden ist erheblich. Als Brandursache nimmt man Selbstentzündung an.

Rottenburg, 12. Juli. (Ungefahren.) Am Donnerstag ereignete sich auf der Eisenbahnbrücke der Bahnlinie Rottenburg-Niedernau ein entsetzliches Unglück. Der verheiratete Zimmermeister Franz Saile aus Rottenburg und der ledige Zimmermann Paul Biesinger aus Obernau waren auf der Brücke mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigt, als von Richtung Niedernau eine Leerzuglokomotive herandraste. Die Arbeitenden, welche die Lokomotive offenbar nicht rechtzeitig bemerkten, wurden von der Maschine erfasst. Hierbei zog sich der Zimmermann Paul Biesinger derart schwere Kopfverletzungen zu, daß er kurz nach seiner Einlieferung in die Chirurgische Klinik nach Tübingen verchied. Die Verletzungen des Zimmermeisters Franz Saile sind nicht lebensgefährlicher Natur.

Oberndorf a. N., 12. Juli. (Vom Gemeinderat.) In der letzten Gemeinderatsitzung teilte der Vorsitzende, Bürgermeister Fritsch, mit, daß wegen Bauunfähigkeit das alte Schulhaus geräumt werden mußte. Die Weiterführung des Schulbetriebs von zwei Schulen mit 500 Kindern konnte nicht mehr länger verantwortet werden. Gegen die vom Vorsitzenden vorgeschlagene Gemeindehauptabstimmung wurde vom Gemeinderat Einspruch nicht erhoben. Die Unterbringung der Gemeinderatskassen macht der Stadtgemeinde erhebliche Schwierigkeiten.

Buttenhausen, OA. Münsingen, 12. Juli. (Fohlen von Bienen totgefrassen.) Aus dem nahen Fladhof tummelte sich ein wertvolles Zuchtfohlen auf der Weide. In der Nähe in einem dunklen Raum stand ein Bienenwa-

gen. Durch die lebhaften Sprünge des Fohlens wurden die Bienen aufgeregt, fielen über das Tier her und zertrümmerten es derart, daß es verendete.

Weinsberg, 12. Juli. (Scheuneneinsturz.) Abends wurden die Anwohner der Florian-Geyer-Gasse in nicht geringem Schrecken verriet, als sich plötzlich der Dachstuhl der Scheune des Weingärtners Fühle in Bewegung setzte und unter großem Getöse einstürzte. Wie durch ein Wunder kam dabei niemand zu Schaden.

Ulm, 12. Juli. (In den Ruhestand.) Nach 41jähriger Tätigkeit bei der Stadt Ulm ist Stadtbaumeister Schnell wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand getreten. Mit ihm scheidet ein in Ulm durch seine Arbeiten allerorts bekannter Beamter aus städtischen Diensten.

Ulm, 12. Juli. (Aus der HJ.) Einer der ältesten Hiltzerjungen der Ulmer Bewegung, der jetzige Unterbannführer Erwin Hentschel, ist nach Neuenbürg als stellvertretender Kreisleiter berufen worden.

Böblingen, OA. Saulgan, 12. Juli. (Brand.) Am Donnerstag nachmittag brach in der Scheune des Landwirts Jakob Brendle Feuer aus. In rasender Schnelle ergriff es Stallung und Wohnung, so daß das Anwesen in kurzer Zeit in Schutt und Asche lag. Der Gebäudeschaden wird auf rund 15 500 RM geschätzt. Der Brand wurde durch das 7 1/2 Jahre alte Entkünd des Geschädigten verursacht, das mit einer brennenden Kerze junge Räschen auf dem Heuboden lüchen wollte.

Rot, OA. Keutlingen, 12. Juli. (Ehrenpatente.) Bei dem 10. Kind, einem Mädchen, des Landwirts Josef Baur, hat der Führer die Ehrenpatenschaft übernommen und das übliche Patengeschenk überwiesen.

Der Sport am Sonntag

Im Tennis

Sind die Blide der Tennisfreunde in allen Ländern am Wochenende nach Prag gerichtet. Dort streiten nämlich Deutschland und die Tschechoslowakei um den Eintritt ins Interzonenfinal des Davis-Pokal-Wettbewerbs.

Im Motorsport

Ist Hochbetrieb Mercedes-Benz-Karrier mit drei Wagen (Caracciola, Faigoli und Brauchitsch) beim Großen Preis von Belgien und wird unangefochten einen weiteren Sieg herausziehen. Bedeutender ist diesmal ein Ereignis in Deutschland. Bei Hohenstein-Ernstthal wird der Große Motorradpreis von Deutschland mit starker Beteiligung aus dem In- und Auslande ausgetragen. Die besten Engländer, Schweden, Italiener, Belgier usw. werden auf Deutschlands Klassefahrer treffen und sich harte Kämpfe liefern.

Die besten Leichtathleten

treffen in Hamburg und Darmstadt (in Hamburg auch die Leichtathletinnen) auf einander. Die Belegung der einzelnen Wettbewerbe ist ganz ausgezeichnet. Aus dem Ausland interessieren die internationalen britischen Meisterschaften in London, obwohl Deutschland und Italien diesmal nicht mitmachen.

Veranstalter und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Bildaber Tagblatt Bildaber Habbart, Bildab im Schwarzwald (Bad. Ed. Bad.) D. L. a. 15. 700. Zur Zeit in Perisische Nr. 2 gültig.

Für Sport und Wanderung!

Saure Drops
verschiedene Geschmacker
1/4 Pfd. von 25, 20, 18 u. 15 ⚡

Eisbonbon 1/4 Pfd. 20 ⚡

Bleefecmng-Morcellen
1/4 Pfd. 20 ⚡

Saure Drops
(Himbeer, Citron, Orange)
3 Rollen 25 ⚡

Thüringer
Leberwurst
Blutwurst
Mettwurst

Salami 1/4 Pfd. 38 ⚡

Cervelatwurst 1/4 Pfd. 40 ⚡

Heute frischen
Hamburger Saft · Schinken
1/2 Pfd. 78 ⚡

und 3% Rabatt

Thams & Garfs
Wildbad

Süchtiges Alleinmädchen
mit Kochkenntnissen u. guten Zeugnissen zum 1. Oktober für kleine Familie nach Mannheim gesucht.
Vorstellen im Hotel Klumpp beim Portier von 12—1 oder 7—8 Uhr.

Beeren- und Obstweine
geraten sicherer und besser mit Oma-Reinhefen.
Erhältlich in hübschen Kulturen von 50 Pfennig an
OMA

Eberhard-Drogerie Wildbad
Drogerie A. Barth, Calmbach

Klavier
wenig gebraucht, zu günstigem Preise auch gegen Teilzahlung zu verkaufen.
Schiedmayer & Söhne
Stuttgart Neckarstr. 16

Visitkarten
Tagblattgeschäftsteile.

Evangelischer Gottesdienst.

4. Sonntag nach dem Dreieinigkeitsfest, den 14. Juli 1935.
8 Uhr Christenlehre (Töchter) Stadtvicar Hahn.
9 1/2 Uhr Predigt (Text: Matth. 8, 5—13; Lied 93) Stadtpfarrer Dauber.
10 1/2 Uhr Kindergottesdienst.
6 Uhr Männliche Jugend.
8 Uhr Abendgottesdienst Stadtvicar Hahn.

Dienstag, den 16. Juli 1935.
8 1/2 Uhr Abendbibelstunde im Christlichen Hölzspiz.

Donnerstag, den 18. Juli 1935
8 1/2 Uhr abends Bibelleseabend im Gemeindefaal.

Katholischer Gottesdienst.

5. Sonntag nach Pfingsten (14. Juli).
7 und 8 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Predigt und Amt, Abends 5 1/2 Uhr Christenlehre und Andacht.
Werktags: hl. Messe.
Beichte: Samstag nachmittags von 4 Uhr an, Sonntag in der Früh, Werktags vor der h. Messe.
Kommunion: Sonn- und Werktags vor und während der hl. Messe und des Amtes.

Die beste Reklame ist und bleibt das Zeitungs-Inserat

Eine richtige Gesundkur

eine Trinkkur mit einem der Diener der Gesundheit

Teinacher Hirschquelle und Sprudel
Imnauer Apollo-Sprudel

kostet wenig Überall zu haben

Vertreter in:
Wildbad: Carl Tubach sen., Mineralwasser-Vertr., Tel. 262
Calmbach: Fritz Wurster, Mineralwasserhdlg., Tel. 483 Wildbad

KAUFHAUS SCHOCKEN
PFORZHEIM

Schürzen und Kleider zum Aussticken

Schürze	Rohwassel, mit farbig verz. eriem Saum				
Größe	50	60	70	80	90
Preis	0.60	0.75	0.85	1.00	1.25
Spielhöschen	Popeline, große Spielfasche, Größe 45, 50, 55	1.25			
Kinderkleid	Nessel, helle Farben, Ausschnitt und kleine Flügelärmel, andersfarbig besetzt, Größe 60, 65, 70	1.25			
Dirndkleid	karierter Zefir, mit weißem Kragen und weißer Schürze				
Größe	50	60	70	80	90
Preis	2.25	2.65	2.85	3.45	4.25

Die Größen geben die Längen an von der Schulter ab gemessen.

Gasthaus zum Anfer
Calmbach

Sonntag abend
TANZ
Alhaca-Harmonika-Orchester

Marke Taucher Herrens Schuh

KLASSE FÜR SICH!

Schuhhaus Wilh. Treiber
Ludwig-Seeger-Straße 17, hinter Hotel Klumpp.

KNOPF

das moderne Kaufhaus für alle Bedarfsartikel

Pforzheim
Marktplatz

Landes-Kurtheater Wildbad
Intendant Richard Krauss vom Stadttheater Heilbronn

Anfang täglich 8.15 Uhr
Fernsprecher 535
Sonntag, 14. Juli
Lauf ins Glück
Sportoperette